



Offener Brief des Krisenstabes Energie der Stadt Reichenbach im Vogtland anlässlich der Energienotlage

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Robert Habeck,

wir richten diesen Brief an Sie, weil wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, Mieterinnen und Mieter, Kundinnen und Kunden sowie der Wirtschaft der Stadt Reichenbach im Vogtland vertreten und gegenwärtig ernsthaft besorgt sind.

Gegenwärtig – so unsere Einschätzung – steuern wir mit hoher Geschwindigkeit auf eine schwere Rezession hin, welche zu massenhaften Insolvenzen, insbesondere von klein- und mittelständischen Unternehmen, führen wird. Die beteiligten Vertreter der Wirtschaft haben Existenzängste bezüglich ihrer Unternehmen, der Zukunft ihrer Beschäftigten und ihrer Familien. Die Sorge um eine bezahlbare Grundversorgung mit Strom und Gas sowie die generelle Bereitstellung von anderen Rohstoffen in nunmehr allen Bereichen ist durch eine Vielzahl von plausiblen Gründen fundiert.

Konkret haben wir den Eindruck, dass aus der emotionalen Empörung über den Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine politische Entscheidungen resultierten, deren Auswirkungen gravierende Folgen für die Bevölkerung in unserem Land haben werden, welche durch eine rationalere Analyse und das Vorhandensein einer Strategie in diesem Ausmaß vermeidbar gewesen wären. Im Klartext bedeutet dies, dass nicht der Krieg per se seine Folgen zeitigt, sondern die unmittelbare Ursache in den europäischen Sanktionen zu erkennen ist.

Nach Art. 56 GG lautet der Amtseid, den Sie sowie alle Mitglieder der Bundesregierung zum Antritt Ihres Amtes geschworen haben, wie folgt:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die



Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Zurzeit bahnt sich an, dass der Schaden, welcher der hiesigen Bevölkerung durch die Sanktionen zugefügt wird, den Nutzen im Sinne der Vertretung der Interessen der Bevölkerung dieses Landes bei weitem übersteigt.

Wir stellen mit aller Deutlichkeit klar, dass wir auf keinen Fall die Kriegsverbrechen der russischen Regierung tolerieren. Sie sind abscheulich und verachtenswert. Dennoch sind wir der Meinung, dass Verhandlungen mit ebendieser unabdingbar sind.

Das Leid der ukrainischen Bevölkerung ist zutiefst bedrückend. Wollen wir diese jedoch weiterhin finanziell unterstützen, braucht Deutschland eine stabile Volkswirtschaft.

Unsere Volkswirtschaft wird auf russische Gaslieferungen in den nächsten Jahren nicht verzichten können, ohne dass es zu massiven sozialen Verwerfungen kommt, die wir alle vermeiden wollen. Ein Verzicht auf russische Erdgaslieferungen muss langfristig und planmäßig erfolgen.

Wir möchten an dieser Stelle ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir die Ansicht des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer, mit Russland wieder in wirtschaftliche Verhandlungen zu treten, teilen und unterstützen.

Sollten die Strom- und Gaspreise weiterhin auf diesem hohen Niveau bleiben, werden die Unternehmen nach und nach die Produktion zurückfahren bzw. komplett einstellen müssen. Die Versorgungssicherheit wird nicht mehr gewährleistet sein und infolgedessen wird die Existenz vieler Menschen sowie Unternehmen gefährdet.



So berichtet die Energiewirtschaft, dass die Preissituation im Gaseinkauf dramatische Ausmaße angenommen hat. Im Moment ist für das Jahr 2023 ein Anstieg von 55 % zu verzeichnen, ohne staatliche Eingriffe, d. h. ohne verordnete Abgaben, wie die Umlagen zur Uniper-Rettung, dem Energiespeichergesetz, dem Ersatzkraftwerke-Bereithaltungsgesetz und der Umlage zur Energiesicherheit. Kommen letztere noch hinzu, dann sind es mehr als 100 % Einkaufskostensteigerung. Dies betrifft produkt- und grundversorgte Kunden. Bei Industriekunden gibt es sogar Steigerungen von bis zu 700 %! Die Gefährdung von Existenzen, sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich, ist vorprogrammiert.

Die Energieunternehmen gehen davon aus, dass ein Großteil ihrer Kunden (Mieter, Wohnungswirtschaft, Industrie, Gewerbe) diesen immensen Kostensprung ab 2023 in Form steigender Abschlagszahlungen bzw. Rechnungen nicht schultern werden können. Die Folge sind Zahlungsausfälle in Größenordnungen und damit die Gefährdung von Liquidität sowie Anschlussperrungen. Derzeit geht beispielsweise das städtische Energieunternehmen für das kommende Jahr von einer Liquiditätslücke von mehreren Millionen Euro aus, etwa in Höhe der Bilanzsumme. Um diesen Differenzbetrag vorfinanzieren zu können, benötigen die Energieunternehmen einen Schutzschirm. Gleiches halten sie für ihre Kunden für unbedingt erforderlich.

Das sehen auch die Vertreter der kommunalen Wohnungswirtschaft so.

Gesetzliche Vorgaben, wie die CO₂-Umlage, der Einbau von Rauchwarnmeldern, die Grundsteuerreform oder die Uniper-Umlage, bis 2026 zwingende Umrüstung aller konventionellen Erfassungsgeräte auf Funk (monatliche Vorhaltung der Zwischenwerte an den Mieter), steigende Bauzinsen und Baupreise (unterbrochene Lieferketten, Materialverfügbarkeit, Fachkräftemangel, coronabedingte Ausfälle, Mindestlohn) und steigende Beschaffungskosten (Strom, Gas, Versicherungen, Wasser, Hauswart) werden durch die Energiekrise weiter verstärkt.

Mehr als die Hälfte der Mieter wird aufgrund ihrer Einkommenssituation die erhöhten Energiekosten nicht tragen können. Laut Prognose sollen die Kosten für



Wärmeerzeugung und Warmwasseraufbereitung für eine 55 Quadratmeter große Wohnung um das Fünffache steigen (unberücksichtigt bleiben dabei die anderen zu erwartenden Nebenkostenerhöhungen). Ein „Energiedeckel“ ist dringend erforderlich. Die Folgen für die Wohnungsunternehmen sind Liquiditätsprobleme (insbesondere Mietausfälle, Vorauszahlung erhöhter Beschaffungskosten). Die von der Regierung angedachten zinslosen Darlehen für Vermieter für die Schulden der Mieter (!) sind nicht zielführend! Die Wohnungsunternehmen haben keine Liquidität mehr für Bauvorhaben (Investitionsstopp), für die laufende Instandhaltung, für eine Gestaltung und Pflege des Wohnumfeldes, keine Mittel für die weitere Umsetzung von Maßnahmen der Energiewende, wie Investitionen in klimaneutrale Gebäude. Ein Wertverlust durch unterlassene Investitionen bis hin zum wirtschaftlichen Ruin der Wohnungsunternehmen in den Städten ist vorprogrammiert. Der zugesagte Heizkostenzuschuss wird versteuert und fällt im Hinblick auf die Steigerungen der Energiepreise viel zu gering aus. Auch eine unterjährige Anpassung der Nebenkostenvorauszahlung ist nicht gesetzeskonform.

Ein sicheres und bezahlbares Wohnen ist in den Städten und Gemeinden nicht mehr möglich. Das führt zu Frustration und Existenzängsten, zu sozialem Unfrieden und gesellschaftlichen Verwerfungen.

Die kommunale Wohnungswirtschaft fordert eine gesicherte und bezahlbare Versorgungslage zur Gewährleistung eines stabilen Wirtschaftsstandortes Deutschland, inklusive des ländlichen Raumes. Gesetzliche Änderungen verschiedener Verordnungen und Gesetze, beispielsweise eine Überprüfung der Trinkwasserverordnung (Legionellenbefall), der vorgeschriebenen Raumtemperaturen, eine mögliche Anpassung der Nebenkostenvorauszahlungen unterjährig, eine Anpassung der Sätze für die Kosten der Unterkunft sowie zielgerichtete Förderprogramme sind ebenfalls notwendig.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, in Ihrem jüngsten Schreiben an die Energie- und Wirtschaftsminister der Länder haben Sie die Verantwortung für eine Unterstützung der Kommunalwirtschaft an die Kommunen und Länder zurückverwiesen. Das kann



und darf nicht das letzte Wort sein! Auch wenn erste Länder bereits Handlungsmöglichkeiten prüfen und Unterstützung für den Fall ankündigen, dass kommunale Energieversorger unverschuldet in existenzielle Nöte geraten, darf sich der Bund nicht aus der Verantwortung ziehen. Unterschiedliche finanzielle Spielräume von Ländern und Kommunen dürfen nicht darüber entscheiden, ob Stadtwerke, die ebenso systemrelevant für der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sind, wie große Energiekonzerne, die Krise überstehen oder nicht.

Die bisher angedachten Maßnahmen bekämpfen lediglich die Symptome, nicht die Ursachen. Um dieses komplexe Problem zu lösen, ist ein ganzheitlicher und pragmatischer Ansatz unabdingbar. Denkverbote müssen aufgelöst und das technisch Machbare mit dem wirtschaftlich Sinnvollen zielführend verbunden werden.

Unsere Gesellschaft wird mit den zum Zeitpunkt anliegenden Problemen nicht mehr umgehen können. Verhindern Sie mit einer klugen Politik den Ausbruch von Gewalt, Polarisierungen zwischen den Menschen und extreme Einbußen des Zusammenhalts.

Aus diesem Grund fordern wir Sie eindringlich auf, Ihre derzeitige Strategie zu überdenken, und fordern des Weiteren:

- Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Russischen Föderation.
- Die bedingungslose Sicherstellung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen des Lebens.
- Die massive Abfederung der Energiepreise.
- Die Verlängerung der Laufzeiten für Atom- und Kohlekraftwerke.
- Die Öffnung von Nordstream II.
- Einen schnellen Ausbau alternativer Energieträger.



Sehr geehrter Herr Bundesminister, die Zeit drängt. Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um unnötigen Schaden von Deutschland und Europa abzuwenden!

Mit freundlichem Gruß

Raphael Kürzinger

Oberbürgermeister
der Stadt Reichenbach im Vogtland

Für die
Wirtschaft

Ralf Schaller

Vorsitzender
Wirtschaftsvereinigung
Nördliches Vogtland e.V.

Für die
Energiewirtschaft

Lars Lange

Geschäftsführer
Stadtwerke
Reichenbach/Vogtland GmbH

Für die
Wohnungswirtschaft

Daniela Raschpichler

Geschäftsführerin
Wohnungsbaugesellschaft
Reichenbach mbH

Reichenbach im Vogtland, den 1. August 2022